

Die Zeit der Einwendungen ist vorbei. Die Zeit von Schacht Konrad noch lange nicht!

Theaterstücke, ein Treckerkonvoi, Flugblätter, eine Förderturmbesetzung, Aufkleber, Büchertische, Stellwände und seitens-, meter-, kilo- und sonstwelcherweise Einwendungen/Unterschriften: Was läßt sich nicht alles mit ein paar Leuten auf die Beine stellen!

Aus ganz Deutschland kamen die Einwendungen, die zu einem großen Teil bei der AG Schacht Konrad gesammelt wurden. Bis zum Übergabetermin am 13.7.91 gingen so dort etwa 250.000 Einwendungen ein, etwas später, am 15.7. nochmal etwa 10.000 und dazu kommen noch viele, die direkt, ohne Meldung bei der AG Schacht Konrad, ans niedersächsische Umweltministerium geschickt wurden. Das genaue Ergebnis aus Hannover steht noch aus.

Besonders aktiv, bzw. erfolgreich, waren, wie so häufig, Gruppen, die die atomare Bedrohung direkt vor der Haustür haben. Aber auch atomenergopolitisch-gesehen provinzielle Gruppen waren unterwegs.

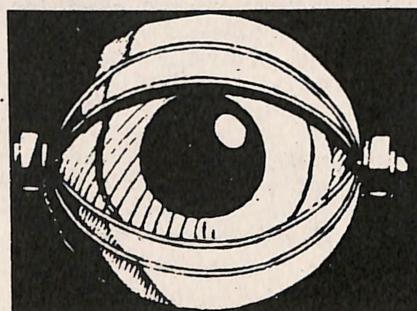
Alles in allem Zufriedenheit

Betrachten wir gegen unsere jetzt erreichten 260.000 das Ergebnis von Wackersdorf, so unterscheiden sich selbstverständlich Zeit und Bewegung enorm. Es fällt jedoch ins Auge, bzw. ins Ohr, daß nur ein relativ geringer Teil der Bevölkerung überhaupt weiß, was Schacht Konrad ist, geschweige denn, was es bedeutet.

So z.B. häufig erlebt an der Göttinger Universität, wo nur knapp 2/3 der Leute mit dem Namen etwas anfangen konnten und davon höchstens ein Drittel unterschrieb. Beim Betrachten dieses Problems fällt die (positive oder negative) Öffentlichkeit durch die Zaukämpfe in Wackersdorf schwer ins Gewicht.

So weiß heute sicherlich ein Großteil der alten Bundesbevölkerung etwas mit dem Namen Wackersdorf anzufangen und dementsprechend mehr Leute konnten sensibilisiert werden.

Die Frage, ob militanter Widerstand für eine (gute) Öffentlichkeit nötig ist, soll hier allerdings nicht aufgeworfen werden.



Nachdem uns nun am 13.7.91 unsere so aktive Umweltschützerin Monika Griefahn von der Last der Viertelmillion Einwendungen befreit hat, geht es demnächst (voraussichtlich Frühjahr/Sommer 1992) weiter mit dem Erörterungstermin. Hierbei dürfen die Einwender und Einwenderinnen dieses freien Landes mit dem offiziellen Antragsteller, dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Ihre Einwendungen erörtern.

Vom offiziellen Sinn der Sache soll der Erörterungstermin dem Antragsteller die Möglichkeit eröffnen, Schwachpunkte und Fehler Ihres Vorhabens herauszufinden. Die Realität ist aber, daß Geld lautet Klumpert als wir schreien können.

So können wir diesen Termin im wesentlichen dazu benutzen, Öffentlichkeit zu schaffen, weiter zu mobilisieren und die Atompolitik in diesem Land deutlich zu machen; denn die Erinnerungen an den abgebrochenen Erörterungstermin in Wackersdorf sind noch wach.

Im weiteren Verlauf des Verfahrens kommt dann irgendwann (voraussichtlich Herbst 1992) der Planfeststellungsbeschuß, der positiv für die Atomlobby ausfallen wird.

Kippen wir mit unserem Widerstand Schacht Konrad und mit Schacht Konrad die Atomwirtschaft!

Ein weiterer anzusprechender Punkt ist das bisherige (Nicht-)Verhalten der rot-grünen Landesregierung Niedersachsen zu Schacht Konrad: krass war einmal mehr der Unterschied zwischen Wahlkampf und politischer Realität:

Ein deutliches "Nein" zur Atomenergie hatte es geheißen, doch es wurde nur zu einem Beispiel sozial-liberalen Gelabers! Denn außer, daß Monika Griefahn gegen die Planunterlagen wegen Unvollständigkeit klagte und ein Info-Flugl zum Planfeststellungsverfahren in ihrem Namen herausgegeben wurde, waren und sind von Seiten der Landesregierung keine nennenswerten Aktivitäten gegen Schacht Konrad gekommen.

Das nächste überregionale Treffen zu Schacht Konrad findet am 26./27. Oktober, entweder in Salzgitter oder in Lüchow-Dannenberg statt. Zu erfragen ist dies bei der BI Lüchow-Dannenberg. Vor allem wird es auf dem Treffen um praktische Konsequenzen für die Anti-AKW-Bewegung aus dem Verhalten der Rot-Grünen Landesregierung gehen und um eine klarere Linie für die Zukunft.

A., GIGA (Göttinger Initiative gegen Atomkraft)

